

Installateurlehre statt Publizistikstudium?

Gastbeitrag. Die Umsetzung der Klimastrategie braucht ausreichend Fachkräfte zur Umsetzung.

VON MARTIN HAGLEITNER

Etwa ein Jahr ist sie nun alt, die Mission 2030, Österreichs Klima- und Energiestrategie. An ihrer Verwirklichung arbeitet das Nachhaltigkeitsministerium. Derzeit laufen Verhandlungen mit den Bundesländern zu einer „Wärmestrategie“. Eines ist fix: Das Ende der Ölheizung ist nahe, das gilt jetzt einmal für die Neubauten, aber der Altbestand wird folgen. Und dieser ist beträchtlich. Über 600.000 alte Ölheizungsanlagen werden österreichweit in den nächsten Jahrzehnten zu erneuern sein, dazu kommen noch die Erneuerungen und Sanierungen anderer Heizungssysteme (Stichwort „Sanierungsstau“). Energiesparende Heizungs- und Warmwassersysteme im Haushalt machen mehr „leistbares Wohnen“, wie von der Politik angestrebt, erst möglich.

Durch zielgerichtete Förderungen erleichtert eine wachgerüttelte Umwelt- und Klimapolitik den Eigenheimbesitzern den Umtausch. Umsetzen werden das schließlich Handwerkerinnen und Handwerker. Sie machen die Energiewende erst möglich. Heute ist der Installateur des Vertrauens bei Installations- und Wartungsarbeiten im Haushalt sowie bei Notfällen meist rasch verfügbar. Das könnte sich bald ändern. Wir müssen befürchten, dass wir auf Sicht in Mitteleuropa neben dem Mangel an Lehrern, Köchen und Pflegekräften auch auf einen Installateurmangel zusteuern.

Mangel an Lehrern, Köchen...

In den Branchen Sanitär, Heizung und Lüftung existieren österreichweit rund 2500 Arbeitgeberbetriebe. Sie beschäftigen rund 30.900 Arbeitnehmer inklusive 4500 Lehrlinge. Im langfristigen Trend könnten es pro Jahr auch einige hundert mehr sein. In Deutschland gehen die Wirtschaftsforscher von Prognosen von einem Branchenbedarf an 20.000 zusätzlichen Arbeitskräften bis 2025 aus, umgelegt auf Österreich wären das etwa ein Zehntel, also rund 2000. Dabei wird das

Angebot junger Arbeitskräfte in den kommenden Jahren sinken, während die geburtenstarken Jahrgänge sich in den Ruhestand verabschieden.

Traumjob für Greta Thunberg

Wer hinsichtlich der Berufswahl noch unentschlossene Kinder hat, sollte ihnen also bevorzugt zur Installateurlehre statt zum Publizistikstudium raten. Die Lebensverdienstkurve rechtfertigt das allemal, und Installateure leisten wichtige Beiträge zum Umwelt- und Klimaschutz und zur gesellschaftlichen Weiterentwicklung. Insofern wäre das auch der ideale Beruf für Greta Thunberg und viele Jugendliche, die heute weltweit mit ihr demonstrieren.

Aktuell gibt es österreichweit rund 350 freie Lehrstellen, wenn man an den künftigen Bedarf denkt, sollten noch viel mehr angeboten werden. Das Berufsbild wandelt sich - hin zu mehr technischem Know-how, der Einrichtung digitaler Funktionen sowie sehr anspruchsvoller Beratungstätigkeit der Konsumenten. Geräte, die früher im Keller versteckt wurden, wirken heute noch direkter in den Lebens- und Wohnraum ein.

Ausgelernte Installateure dürfen übrigens laut Bundesordnung eine durchschnittliche Bezahlung zwischen 2135 Euro und 2760 Euro brutto erwarten und können so mit vielen akademischen Berufen gut mithalten. Lehre mit Matura erscheint mir in diesem Berufsfeld aufgrund des technologischen Wandels besonders ausbaufähig und wird besondere Zukunftschancen eröffnen. Und ja, viele Betriebe der Branche haben Nachholbedarf in puncto weiblicher Fachkräfte, hier braucht es mehr Information und Offenheit. Hoffentlich gelingt es uns gemeinsam im „war for talents“, rechtzeitig ausreichend Nachwuchs aufzubauen.

Dr. Martin Hagleitner, MBA, ist Vorstand der Austria Email AG und im Mutterkonzern Groupe Atlantic für die deutschsprachigen Länder sowie ausgewählte Marken zuständig.

E-Mails an: debatte@diepresse.com

QUERGESCHRIEBEN

VON GUDULA WALTERSKIRCHEN



Der lange Arm der Ajatollahs und das Leid der Perser

Perser, die anders denken oder anders glauben, werden brutal unterdrückt und verfolgt. Konvertiten zum Christentum sind besonders gefährdet.

Vor vierzig Jahren stürzten im Iran die Ajatollahs den Schah von Persien. Viele westliche Intellektuelle unterstützten damals die Revolution gegen den „US-Imperialismus“ und die Monarchie. Den religiösen Fundamentalismus, der sich alsbald als brutales System der Unterdrückung und Verfolgung entlarvte, übersah man geflissentlich.

Johanna - ihr wirklicher Name sei sicherheitshalber nicht erwähnt - wuchs in diesem System auf. Sie stammt aus einer muslimischen Familie und erlebte als kleines Mädchen, wie sich die Frauen völlig verhüllen mussten, die zuvor in Teheran nach der neuesten Mode gekleidet durch die Straßen flaniert waren. Sie erlebte den uniformen Drill in der Schule, wo es verboten war, Spaß zu haben, ja, wo überhaupt alles verboten war. Besonders eingepreßt hat sich ihr eine Szene, die den Anfang einer inneren Abkehr bedeutete. Sie war damals 13 Jahre alt, Koranschülerin, als sie mit ihrer Lehrerin einen Ausgang unternahm. Sie gingen zum Friedhof. Zu jener Zeit wurden tausende Menschen hingerichtet, eben wurde ein Opfer beigesetzt. Einige Leute standen am Grab und weinten. Die Lehrerin forderte die Kinder auf, Steine auf sie zu werfen, denn diese seien Feinde des Islam. Johanna war entsetzt. Von da an war ihr klar, dass sie in diesem System nicht leben wollte.

Als junge Erwachsene verließ sie ihr Land. Sie flüchtete nach Europa. Hier lernte sie die Freiheit, die Menschen, ein anderes System und eine andere Religion kennen. Sie ließ sich taufen und nahm einen christlichen Vornamen an. Sie begann, ihren früheren Glaubensbrüdern, die aus unterschiedlichen Gründen und Ländern nach Europa gekommen waren, vom Christentum zu erzählen. Das gefiel den Imamen der Stadt, in der sie lebte, nicht. Man versuchte, sie einzuschüchtern, sie erhielt Morddrohungen. Sie wandte sich an die Polizei, doch die konnte nichts unternehmen. So entschloss sie sich, aus der Stadt zu „fliehen“, wie sie es selbst nannte, das

zweite Mal in ihrem Leben. Sie übersiedelte in eine andere Stadt, tauchte unter, wechselte seither immer wieder ihre Wohnung. Sie hat Angst. Obwohl sie in einem demokratischen, freien Land lebt, in einem Rechtsstaat, fühlt sie sich ihres Lebens nicht sicher.

Seit sie in Europa lebt, bekommt sie immer wieder Besuch von Landsleuten und Verwandten. Etliche von ihnen lassen sich hier heimlich taufen. Es gebe viele geheime Christen im Iran, erzählt Johanna, es würden immer mehr. Es würden heimlich Bibeln verteilt, man versammelt sich in Privatwohnungen, um die Messe zu feiern. Immer in Angst vor Verfolgung durch die staatlichen Behör-

den. Muslime, die zum Christentum konvertieren, werden immer wieder vor Gericht gestellt und zu langen Haftstrafen verurteilt. Missionierung kann mit dem Tod bestraft werden. Im „Ranking“ jener Länder mit der schlimmsten Verfolgung nimmt der Iran einen traurigen Spitzenplatz ein. Für die Regierung ist jeder Perser automatisch Muslim. Der Einfluss des Christentums wird von den Ajatollahs als

Versuch des Westens gewertet, den Staat zu untergraben. Konversion zu einem anderen Glauben wird als „Verbrechen gegen die nationale Sicherheit“ eingestuft und als krimineller Akt betrachtet.

Vor der Machtübernahme der Ajatollahs war das Christentum in dieser Region weit verbreitet, die Bevölkerung ist heute noch an sich tolerant. Johanna hat viele Verwandte und Freunde im Iran, Muslime, Christen und Konvertiten. Sie liebt sie alle, sie alle würden leiden und sie leidet mit ihnen. Sie alle hätten es satt, ständig überwacht, drangsaliert und bevormundet zu werden. Sie alle würden sich nach einem Leben in Freiheit sehnen. Was Johanna besorgt macht, ist, dass sie als Konvertitin mittlerweile auch in Europa nicht mehr frei zu ihrem Glauben stehen kann. Freiheit sei schnell verspielt, wenn man nicht wachsam sei, warnt sie. Dennoch ist sie voller Hoffnung. Zu Ostern gebe es wieder eine Taufe.

E-Mails an: debatte@diepresse.com

Zur Autorin:

Dr. Gudula Walterskirchen ist Historikerin und Publizistin. Autorin zahlreicher Bücher mit historischem Schwerpunkt. Seit 2017 Herausgeberin der „Niederösterreichischen Nachrichten“ und der „Burgenländischen Volkszeitung“.

“Muslime, die zum Christentum konvertieren, werden immer wieder vor Gericht gestellt und zu langen Haftstrafen verurteilt.

Morgen in „Quergeschrieben“: Andrea Schurian

eines darf als sicher angenommen werden: Die Kinder sind mit Wissen der Eltern - und mit Wissen vieler Personen im engeren Umfeld - misshandelt worden. Skandalös ist, dass sie alle schwiegen und niemand protestierte. Und das seit vielen Jahren. Den Diskussionsbeiträgen darf damit fast immer eines attestiert werden: Heuchelei.

Dr. Fritz Panzer, 1080 Wien

Die Arbeitsbedingungen müssen stimmen ...

„Soll das Land Tante Resi bezahlen, damit sie Onkel Alfred pflegt?“, „Quergeschrieben“ von Sibylle Hamann, 10. 4.

Die Bezahlung eines Familienangehörigen für Pflegedienste ist relativ zweischneidig, alle sind Experten und reden mit; aber lassen wir Tante Resi bis zu ihrer Pensionierung dort, wo sie gern und seit langem arbeitet; was ist, wenn ihre Enkelin, die ein Baby erwartet und schon seit langem mit ihrer Berufswahl unglücklich war, nach der

Karenzzeit bei ihrem Kind bleiben will? Wer sagt, dass die 40 Stunden nur von einer Person geleistet werden müssen?

Wenn das Land im zweiten Bildungsweg die Ausbildung von Müttern, die bei ihren Kindern Zeit verbringen und, weil es das Familienbudget erfordert, halbtags arbeiten gehen wollen/müssen, zur Pflegeassistentin anbietet, wäre allen Teilen geholfen. Vielleicht auch Onkel Alfred, der sich etwas zurücknehmen würde und sich weniger ekelhaft zu seiner Umwelt verhielte. Die 40 Stunden würden dann zu 2x20 Stunden/Person, angestellt bei der Landesagentur zu den Konditionen am allgemeinen Arbeitsmarkt (Urlaub, ev. Weiterbildung); und die Mütter könnten ganz normal Pensionszeiten ansammeln und würden später nicht in die Altersarmut absinken. Wenn die Arbeitsbedingungen stimmen, würde es in den Dörfern auch ausreichend Frauen geben, die weiterhin als Pflegeassistentinnen arbeiten wollen.

Mag. Christine Ulrich, 5020 Salzburg

Die EU: Ein Zaudern, Zögern und Lavieren

„Bitte keinen weiteren Cliffhanger in dieser Brexit-Serie“, Leitartikel von Wolfgang Böhm, 12. 4.

Die Briten sind über ihren Kurs nicht einig: Gegner und Befürworter des Brexit halten sich gegenseitig in Schach, die Regierung gibt kein harmonisches Bild ab, die einzelnen Parteien schauen eher auf den eigenen Vorteil und nicht auf die Interessen des gesamten Landes, selbst ein zweites Referendum scheint nicht ausgeschlossen. Die EU: Ein Zaudern, Zögern und Lavieren, eine klare Linie fehlt.

Was soll ein Aufschub bringen? Welche Eckpfeiler sind nicht längst hinreichend abgehandelt? Mit Recht erwarten sich die Bürger, dass dieses unwürdige Schauspiel beendet wird.

Wenn die politische Elite in dieser Causa innerhalb einer gewissen Frist keine Lösung findet, wie wird man in einer ersten Krise agieren? Vertrauen der Bürger gewinnt man mit einer solchen

Haltung fürwahr nicht, einmal mehr überlässt man den Populisten und „Vereinfachern“ die politische Bühne.

Mag. Gerald Gruber, 3353 Seitenstetten

Ein Danaergeschenk für unsere Nachfahren

„Keiner will von sterbenden Dörfern sprechen“, von Antonia Löffler, 9. 4.

Danke für den ausgewogenen Artikel. Der bekannte Wirtschaftsjournalist Prof. Korst Knapp, zu dessen Ehren noch immer ein Preis verliehen wird, hat in den Sechzigerjahren noch geschrieben, man möge doch dem langsamen Sterben im Waldviertel ein „faires Ende“ bereiten, die Leute absiedeln und einen Naturpark nach dem Vorbild des tschechischen Šumava-Parks einrichten. Ich habe damals mit dem verstorbenen Prof. Adolf Kastner die Gegenstrategie konzipiert und persönlich das Grenzlandwerk Gmünd ausgebaut. Die Leute haben uns geglaubt, nämlich dass der Eiserne

Vorhang fallen wird und dass die Zukunft in der Dezentralisierung und intelligenten Vernetzung liegt, und sie sind geblieben.

Wenn man keine attraktive Zukunftsvision bieten kann, dann werden die peripheren Räume entleert. Dass die Ballungszentren durch die herrschende Politik begünstigt werden, ist unter dem Blickwinkel des „Rückblicks aus der Zukunft“ ein Danaergeschenk für unsere Nachfahren.

Prof. Heinrich Wohlmeyer, 3180 Lilienfeld

IMPRESSUM: DEBATTE

Leitung: Mag. Anna-Maria Wallner, LL.M.

Twitter: @media_wall

E-Mail: debatte@diepresse.com

Redaktion Leserbriefe:

Henriette Adrigan, Ursula Mayer

E-Mail: leserbriefe@diepresse.com

Debatte Online: DiePresse.com/debatte

Debattenbeiträge müssen nicht der Meinung der „Presse“ entsprechen.

Leserbriefe: Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen. Je kürzer die Zeitschrift, desto höher die Chance auf Veröffentlichung.